

Mosierie Wilson über Bericht auf das Gaukelbild der völli- gen Wiederherstellung. „Deuxie“ sagt: Die stehen vor einer sehr deutlichen Erklärung, das Veto Poincarés hat den guten Willen der Sachverständigen gelähmt. Wie in der russischen Frage, so beschränkt sich auch in der Debatte über die Reparationen Frankreich auf Proteste und glaubt seine Freiheit zu wahren, wenn es sich isoliert.

#### Qualität Stimmen.

In dem aus Paris gemeldeten Beschluss des Panter- auschusses, sich für drei Monate zu vertagen, nehmen bisher nur wenige Blätter Stellung. „Daily News“ besetzen diesen Beschluss als ein ernstes Exerzium. Jetzt werde die Lage in Bezug auf Deutschland unmittelbar beunruhigend. Deutschland habe die Annahme der Forderungen der Reparationskommission von einer Deutschland zugute kommenden Anleihe abhängig gemacht. Jetzt, wo die unmittelbare Aussicht auf diese Hilfe geschwunden sei, sei ein deutsches Verständnis wahrscheinlich, obgleich die deutsche Regierung es vielleicht möglich machen werde, in der Zeit bis zur Wiederaufnahme der Reparationen weitere Leistungen zu leisten. „Daily Express“ schreibt, die Forderungen Frankreichs auf Streckung der alliierten Kriegsschulden bedeuteten unumgängliche Opfer von Seiten Amerikas und Großbritanniens. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sei jeder sentimentalischen Erwägung in Bezug auf die den Vereinigten Staaten geschuldeten Summen entschieden abgeneigt. Soweit Großbritannien in Betracht komme, sei der Vorschlag, daß es keinen Anteil an den deutschen Reparationen erhalten solle, undenkbar.

#### Ein internationaler Untersuchungsaußschuß über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Der „Times“ schlägt im Anschluß an seine Besprechung des Berichtes des Untersuchungsaußschusses vor, daß die Reparationskommission einen internationalen Untersuchungsaußschuß einsetze, bestehend aus je einem Delegierten der Finanzverwaltung und einem berufsmäßigen Bankier der reparationsberechtigten Länder und der hauptsächlichsten neutralen Staaten. Der Untersuchungsaußschuß solle sich nach Deutschland begeben und dort einige Wochen arbeiten. Sämtliche Informationsquellen sollen ihm offen stehen. Er solle seine Arbeiten mit einem Bericht an die Reparationskommission abschließen, in dem er sich über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und über die Möglichkeit ausdrückt, es mit Hilfe von Kreditoperationen in seinen Zahlungen zu unterstützen.

#### Ein Plan zur dauernden Sanierung des Geldes.

Aus Paris wird gemeldet: In einem Bericht, der bei einer Sitzung des Geldmehrendes verlesen wurde, erörterte der frühere Minister Francois Marial einen Plan zur dauernden Sanierung des Geldes. Er erklärt, es sei vergeblich, zu hoffen, daß die Anstrengungen, die man von den Franzosen verlangt, soweit gehen, um Frankreich zu erhalten, aus eigenen Mitteln die Fortschritte aus der Welt zu schaffen, die der Krieg ihm beigebracht hat. Selbst eine Kapitalabgabe, die im übrigen praktisch unmöglich ist, könne diese Quellen nicht erschöpfen, die Deutschland durch die Reparationen aufbringen soll. Der Minister Marial kommt dann auf seine kaiserliche Reise nach Deutschland zu sprechen und läßt sich über deren Ergebnis wie folgt aus: Wenn die finanziellen Verhältnisse des Reiches wirklich tief erschüttert sind, dann sind die wirtschaftlichen Möglichkeiten der deutschen Bürger seit 1914 wesentlich besser geworden. Zahlungsmöglichkeiten zugunsten der Alliierten bestehen in Wirklichkeit, und nur die Widerpenigkeit Deutschlands kann zum Vorwand dienen, nicht zu bezahlen (1).

#### Die englische Antwort auf das Memorandum Poincarés.

Aus Paris wird gemeldet: Der englische Botschafter hat, wie Davos mittelt, am Quai d'Orsay die Antwort seiner Regierung auf das Memorandum Poincarés, betreffend die Gagner Konferenz, übergeben. Nach der in der Note ausgesprochenen Ansicht der englischen Regierung trägt das französische Memorandum nicht genügend den Beschlüssen von Cannes und Genua Rechnung. Von den Sowjets die vorherige Zurückziehung des Finanzmemorandums vom 11. Mai zu verlangen, liege nach der Note kein Anlaß vor. Im zweiten Teil der Note wird auf Grund der Bedingungen von Genua der Grundlag aufgestellt, daß das Privateigentum zurückerstattet, andernfalls zum Gegenstand einer tatsächlichen Kompensation gemacht werden müsse. Man dürfe jedoch von Rußland in dieser Beziehung nicht mehr verlangen, als von irgend einer anderen Regierung und man müsse auch dem Grundlag der Souveränität Rechnung tragen. Die englische Regierung verlangt im dritten Teil der Note eine praktische Regelung der russischen Schuldenfrage und erklärt es für notwendig, die russischen Kriegsschulden zum Teil herabzusetzen. Die englische Note erklärt schließlich, daß von einer „Kapitulation“ Europas nicht die Rede sein könne.

#### Besuch des Reichspräsidenten in München.

Wie die „Montagspost“ zu dem Besuch des Reichspräsidenten Ebert in München meldet, trifft der Reichspräsident am heutigen Montag früh um 8,50 Uhr in München ein und wird am Bahnhof von Ministerpräsident Graf Verdenfeld und Landtagspräsident Königsbauer offiziell empfangen. Außerdem werden Vertreter der Reichs- und Landesbehörden anwesend sein. Alsobald nach der Ankunft wird der Reichspräsident dem Gesamtstaatsministerium und dem Landtage einen Besuch abstatten. Abends findet ein Empfang im Saale des alten Rathauses statt, zu dem etwa 400 Personen geladen sind. Am Dienstag besichtigt der Reichspräsident das Waldenjochtraktat und fährt dann nach Freudenstadt zurück.

Einer Einladung des Reichspräsidenten folgend, trafen Sonnabend Reichsanwalt Dr. Wirth und Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau zusammen mit dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Pieber aus Stuttgart in Freudenstadt ein. Der Reichsanwalt und Dr. Rathenau trafen gegen Abend nach Baden-Baden weiter. Der württembergische Gesundheits- und Arbeitsminister Reil und der bayerische Landtagspräsident Dr. Tischer hatten am Sonnabend in Freudenstadt eine Zusammenkunft mit dem babilischen Finanzminister Dr. Röhler und dem babilischen Minister des Innern Kemmels zur Besprechung wirtschaftlicher Fragen.

#### Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Kommunisten in Königsberg.

Aus Königsberg wird gemeldet: Sonntag mittag ist es bei Gelegenheit einer antirevolutionären Gegen demonstration gegen die Kundgebung, welche die Arbeiter- und Militärvereine aus den Bezirken Königsberg und Gumbinnen, sowie die Studentenschaft und zahlreiche andere Männer- und Frauenvereine auf dem Devauer Platz zu Ehren des Generalfeldmarschalls von Hindenburg veranstalteten, zu einem Zusammenstoß zwischen einer Abteilung Reichswehr und Kommunisten gekommen. Ein Trupp Kommunisten hatte die polizeilichen Absperrungslinien am Königsberg durchbrochen und war in Richtung nach dem Devauer Platz gezogen. Bei den letzten Schüssen von Rathhof wurden die

Kommunisten indessen von der Schutzpolizei am weiteren Vordringen zum Devauer Platz gehindert. Auf die Aufforderung ihrer Führer hin traten sie dem Rückmarsch nach der Stadt an. Hierbei kam es zu dem erwähnten Zusammenstoß mit einer Abteilung Reichswehr, bei dem fünf Personen verletzt wurden, darunter eine tödlich.

Das Bezirkskommando Königsberg teilt mit: Bei dem Rückmarsch der Truppen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg auf dem Kasernenhof der Pionier-Kaserne wurden auf den mit dem Polizeipräsidenten vereindarten beiden Anmarschstrahlen die Truppen und einzelne Offiziere und Mannschaften von linksdriftenden Teilnehmern einer gegen den Feldpostdienst der Kriegervereine um, auf dem Devauer Platz einderufenen Gegen demonstration auf arbeitslose Arbeit und tödlich angegriffen. Ein harter planmäßiger Angriff richtete sich gegen die zweite Abteilung des Arbeiterregiments 1 in der Königsbasse, offenbar mit der Absicht, die Truppen zu entmannen. In dem entstehenden Handgemenge wehrte sich jeder Mann, wo er angegriffen wurde, teils mit dem Kolben, teils mit dem aufgespannten Seitengewehr, einzelne besonders bedrängte Leute mit der Schutzwaffe. Es wurden etwa 15 Schuß abgegeben. Erst nach dem Gebrauch der Schutzwaffe haben die Demonstranten auseinander. Nach Mitteilung der Polizei ist eine Zivilperson durch einen Schuss tödlich getötet, vier Demonstranten durch Oberkörperverletzungen verwundet. Der Rückmarsch der Truppen von der Parade platzog sich reibungslos.

#### Aus Oberösterreich.

Das an der Eisenbahnstrecke Raasdorf-Kandlitz gelegene Dorf Dylergowitz wurde in der Nacht zum Sonnabend von einer etwa 20 Mann zählenden stark bewaffneten Bande überfallen. Drei Gemeindevorsteher wurden erschossen. Der Gemeindevorsteher wurde durch einen Streifschuß verletzt. Darauf unternahm die Bande einen Plünderungszug durch das ganze Dorf.

In Deutchen wurde Sonntagabend eine Zivilperson, wie es sich später herausstellte, ein italienischer Offizier, von einer französischen Patrouille ohne Grund bestialisch. Die Patrouille schloß später aus einem Haus, wobei der Führer von aus Widmarkhütte durch einen Halschuss getötet wurde. Donnerstag schossen zwei französische Offiziere auf die Arbeiter Rifak und Karmetski. Der eine Arbeiter erhielt einen Gesichtschuß und erlag bald seinen Verletzungen, der zweite wurde schwer verletzt. In der Nacht zum Sonnabend kam es in Deutchen und besonders in der näheren Umgegend der Stadt zu heftigen anhaltenden Gegendemonstrationen und Detonationen von explodierenden Handgranaten waren deutlich vernehmbar.

Die Vereinigten deutschen Parteien wenden sich in einem Aufruf an die Bevölkerung und bitten, keine Vergeltungsmaßnahmen gegen den polnischen Terror zu ergreifen, aber baldige Lebergabe an die beiden Regierungen zu fordern, damit diese für die Sicherheit und Wohlfahrt ihrer Staatsangehörigen Sorge tragen können.

Nach der „Ostdeutschen Morgenpost“ wurde in Deutchen eine Demonstration abgehalten, die unter dem Deckmantel des Selbstschutzes auf Ruß und Plünderung ausging, im Zusammenhang damit auch Drohbriefe verschickt und sich als Räumungskommission ausgab. Bis her konnten 18 der Bande angehörige Burtschen im Alter von 19 bis 29 Jahren verhaftet werden.

In dem Tagesbericht der Ränkerkommission vom 9. d. M. heißt es: Leider hat sich die Lage in Oberösterreich noch nicht geändert. Von Hindenburg wird gemeldet, daß vor etwa drei Tagen die Guldgrube von Truppen besetzt worden ist. Die Betriebskonferenz beschloß, beim Kreisrat vorzugehen vorstellig zu werden und die Zurückziehung der Besatzung zu erwirken.

Die Untersuchung eines angeblichen Zwischenfalles mit den Truppen wird demnächst erfolgen. Der Streit hat sich inzwischen auf die Königin Luise-Grube ausgedehnt. Die wilden Gerüchte und der Bezug von Flüchtlingen von Raabstau und den umliegenden Gruben wirken stark beunruhigend auf die Arbeitermassen. In Lurauchte und anderen Wäldern geht der Räumungsterror weiter. In Anurow (Kreis Rastatt) sind 15 Verhaftete nach Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission entlassen worden. Infolgedessen hat die Besatzung heute morgen die Arbeit wieder aufgenommen.

Auf Veranlassung der Interalliierten Kommission wurde mit dem gestrigen Tage über den Stadt- und Landkreis Raasdorf der Belagerungszustand verhängt.

#### Die Besprechungen in Belgrad.

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Belgrad verlautet dort aus zuverlässiger Quelle, daß die Staatsmänner der Kleinen Entente in ihren Besprechungen aus Anlaß der Doxheit des Königs Alexander sich über die Grundlag eines Bündnisses und einer allgemeinen Militärkonvention verständigt hätten, die Rumänien, Tschechien und Jugoslawien ihre derzeitigen Grenzen in Mitteleuropa und auf dem Balkan den status quo sichern sollen. Der Beitritt Polens sei ins Auge gefaßt worden.

#### Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung.

W.B. meldet: Das deutsche Friedenspartei, die große Vereinigung der 15 führenden deutschen pazifistischen Gesellschaften, hatte zu einer Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung am gestrigen Sonntag in den Gungastal des deutschen Reichstags in Berlin geladen, der zur festgesetzten Stunde mit den Tribünen ringsum fast bis zum letzten Platz gefüllt war. In Ermüdung eines Besuches von Mitgliedern des Bundes „Neues Vaterland“, der jetzt „Deutsche Liga für Menschenrechte“ heißt, waren für die französische Liga der Menschenrechte getrennt erschienen ihr 81-jähriger Präsident, der frühere Unterrichtsminister Ferdinand Buisson, ihr ältester Vizepräsident Professor Viktor Baisch, der Rechtsgelehrte Bouglé von der Sorbonne, der eben von Prag kommt, und der sozialistische Abgeordnete Renaudel, die alle das Wort ergriffen. Von Deutschen sprach der Vorsitzende, Herr von Gerlach, der Reichstagspräsident Loebe, Graf Harry Kehler, Professor Einfeldt und der Vorsitzende des Bundes entschiedener Schulreformer, Oestreich, der von Mainz kommt.

„Guerre à la guerre“, Krieg dem Kriege, das war das Leitmotiv der Versammlung, und es wurden für dieses Ideal zum Teil ganz leidenschaftlich erregte Reden gehalten, die auch in den Zuhörern eine leidenschaftliche Erregung auslösten. Von den französischen Rednern wurde vor allem betont, sie kämen hierher als Sprachrohr der Gefühle der breiten Massen des französischen Volkes, um zur Lösung des fürchterlich schwierigen Problems beizutragen und wendeten sich an alle diejenigen, welche die Religion des Rechtes wollten. Die Welt könne Deutschlands und Frankreichs nicht entraten. Und die beiden sich ergänzenden Zivilisationen müßten sich deshalb vereinen. Vor dem Kriege sei man schon gut auf dem Wege gewesen. Jetzt gäbe nach der Katastrophe allerdings ein Abbruch, der aber überbrückt werden müsse und überbrückt werden würde. Grundlag des dauernden Friedens seien die endgültige Regelung der Reparationen, die Abrüstung und der allgemeine Völkerverbund, in den vor

allem und nicht Deutschland eintreten müßte. Die großen Massen der Arbeiter, der Handarbeiter wie der geistigen Arbeiter, müßten die Weller der neu zu schlagenden Brücke werden. In Frankreich unterwürfe man sich nicht den beiden Deutschland und wisse die Siege der jungen deutschen Demokratie zu schätzen. Aber andererseits könne man auch mit gutem Gewissen sagen, daß das französische Volk auch keine imperialistischen Träume hege.

Von den deutschen Rednern wurde betont, daß die breiten Massen des deutschen Volkes in ihrer großen Wehrheit erfüllt seien von dem guten Willen für den dauernden Frieden wie von dem guten Willen für die Erfüllung der Reparationen, soweit das in den Kräfte des deutschen Volkes läge. Die deutschen Vorkämpfer wollten das, weil sie freiwillig an dem Aufbau des neuen Europas mitarbeiten wollten, zu dem auch ein blühendes Frankreich gehöre. Freilich dürfte nicht der Eindruck erweckt werden, daß die deutschen Leistungen nicht dem Wiederaufbau Europas, sondern dem Zweck eines fremden Imperialismus zu dienen hätten. Deshalb könne die Frage der Reparationen eng zusammen mit der Frage der Abrüstung. Das kleinere Frankreich müsse gegenüber dem größeren Deutschland seine Schwerarbeiten bekommen durch internationale Verträge, die jedes Volk unter den Schutz aller übrigen Völker zunächst in Europa stellen. So sei die logische Folgerung alles dessen die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa und ein allgemeiner Völkerverbund.

Dieser ersten Kundgebung wird im Lehrer-Vereinshaus am Alexander-Platz am Dienstagabend eine zweite Kundgebung folgen, in der von den Franzosen vor allem Renaudel spricht.

#### Tagesgeschichte.

##### Republik Österreich.

Besuch im Burgenland. Bundespräsident Gajnsch, Bundeskanzler Seipel und Wienanaler Frank, die Freitag früh ins Burgenland gereist waren, erhielten überall Beweise der Treue und muhten entgegen dem Programm in allen Ortlichkeiten auf Wunsch der Bevölkerung Halt machen. Diese drückte ihre Freude über den Besuch aus. Der Bundespräsident dankte für diese Versicherungen der Treue. Besonders herzlich gestaltete sich der Empfang in Deutsch-Wreuz.

##### Griechenland.

Die Beschiebung des türkischen Hafens Samsum. Zu der Beschiebung des Hafens Samsum durch die griechische Flotte teilt das griechische Marineministerium mit, daß der Grund der Beschiebung die Tatsache gewesen sei, daß sich in Samsum große Munitions- und Minendepots befinden, und daß die Stadt einen ganz bedeutenden Stützpunkt der kemalistischen Flotte im Schwarzen Meer bilde. Von Samsum aus hätten kemalistische Schiffe wiederholt Handelschiffe angegriffen und Seeüberfälle verübt, wodurch der Verkehr zwischen den griechischen und russischen Häfen lahmgelegt worden sei. Die Beschiebung sei unter Beachtung der völkerrechtlichen Vorschriften eingeleitet worden und habe das ihr gesteckte Ziel, die Zerstörung der Munitionsdepots, erreicht. Der Verkehr zwischen den griechischen und russischen Häfen könne nunmehr wieder aufgenommen werden. Ein Beweis für die humane Durchführung der Beschiebung sei es, daß Menschen nicht ums Leben gekommen seien.

##### Spanien.

Die Frage der Aufhebung der Offiziersjungen. Der König traf Freitag aus Barcelona, wo ihm bei der Abfahrt begehrte Kundgebungen dargebracht worden waren, wieder in Madrid ein. Der Präsident des Senats erklärte in der Senatssitzung unter dem Beifall des Hauses, er glaube dessen Stimmung durch die Erklärung Ausdruck zu geben, daß der Senat wünsche, die Worte des Königs, der in Barcelona unter Hinweis auf das vorbildliche deutsche Meer, daß 1866 und 1870 das Reich erkämpfte, für strengste Disziplin eintrat, in Bronze gegossen zu sehen. Die liberale Presse erwartet nunmehr die Aufhebung der Offiziersjungen durch die Regierung.

##### Sina.

Eine Erklärung der Kantoner Regierung. Der Minister des Inneren der Kantoner Regierung teilt offiziell mit, daß Sibirien es ablehnen wird, mit der neuen Belinger Regierung für die Einigung Sinas zusammenzuarbeiten.

##### Japan.

Der neue Ministerpräsident. Admiral Tomosaburo Kato hat die Ernennung zum Ministerpräsidenten angenommen.



Hallo!

Ich brauche leichte Sommerstoffe in

Leinen  
Baumwolle  
Halbwolle  
Wolle.

Wo gehe ich hin?

Zu

**Riedel**

Ecke Goethe- u. Schützenstr.